

## **Anlage 2 Prüfauftrag „Aufgabe des Status einer großen kreisangehörigen Stadt“:**

Aufgrund eines Antrags der Stadtratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in der Ratssitzung vom 13.12.2023 erfolgte durch die Verwaltung die Prüfung, welche finanziellen und rechtlichen Konsequenzen die Aufgabe des Status einer „großen kreisangehörigen Stadt“ mit sich bringen würde. Hierbei verweisen wir auf die Ausführungen zur Historie und Identifizierung wegfallender Aufgaben in der Haushalts- und Strukturkommission am 30.10.2024.

Zur Ermittlung der damit einhergehenden Kosteneinsparungen wurden die bereinigten Personalkosten (Planstellen, Versorgungs- und Beihilferückstellungen, Lohnnebenkosten wie Unfallkasse und Beihilfeablöseversicherungen), sowie die unmittelbar mit der Aufgabenwahrnehmung zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben 2025 berücksichtigt.

Durch den Wegfall von Aufgaben, die derzeit in eigener Zuständigkeit wahrgenommen werden und künftig vom Landkreis übernommen würden ist mit jährlichen Einsparungen in Höhe von rund 1,225 Mio. € zu rechnen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

• Rechnungsprüfungsamt	300.000 €
• Rechtsamt (Widerspruchsbehörde bzw. Stadtrechtsausschuss)	85.000 €
• Erlaubnisse für gewerblichen Personenverkehr / Fahrerlaubnisse	80.000 €
• Leistungen nach dem Wohngeldgesetz	260.000 €
• Bauordnung (Bauaufsicht, Wohnungsbauförderung, Immissionsrechtliche Verfahren)	<u>500.000 €</u>
	<b>1.225.000 €</b>

Für die darüber hinaus wegfallenden Aufgaben (Gewerbe, Verkehrslenkung und -regelung und Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen) können keine Kosteneinsparungen prognostiziert werden, da nur marginale Teilaufgaben wegfallen würden. Im Bereich Gewerbe betrifft es die Erteilung von Konzessionen für Privatkrankenanstalten, im Bereich Verkehrsrechtliche Genehmigungen die Ausnahmegenehmigungen für Militärtransporte. Die Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen erfolgt auf Grundlage einer vertraglichen Regelung zwischen KV MYK und Stadt durch den Kreis und ist, abhängig von der jährlichen Kostenabrechnung, in der Regel mindestens kostenneutral. Die tatsächlichen Personal- und Versorgungsaufwendungen können durch freie Stellen, Alter und Eingruppierung des Stelleninhabers abweichen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass einzelne Aufgaben auch weiterhin von der Stadt Mayen als verbandsfreie Gemeinde wahrgenommen werden möchten.

Als künftig verbandsfreie Gemeinde würde die Stadt im kommunalen Finanzausgleich anders eingestuft und eine reduzierte Schlüsselzuweisung B erhalten, da die Gesetzesänderung zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs vom 01.01.2023 den Finanzierungsbedarf einer großen kreisangehörigen Stadt höher gewichtet als den einer verbandsfreien Gemeinde. Wegfallende Einnahmen aus der Schlüsselzuweisung B:

- 2023: 1.300.000 €
- 2024: 700.000 €
- 2025: 0 € (da wir in 2025 keine Zuweisungen aus der Schlüsselzuweisung B erhalten)
- 2026 (s. Anlage 3a+3b): 1.395.468 €

Hierbei wird deutlich, dass die Gesetzesreform zum Kommunalen Finanzausgleich tatsächlich Faktoren wie Einwohnerzahl, Zentralitätsfunktion und Aufgabenumfang stärker berücksichtigt hat und mit Abgabe des Status große kreisangehörige Stadt der Bedarfsmaßstab aus dem Kommunalen Finanzausgleich entsprechend abgesenkt wird. Ausnahmen bilden Jahre in denen man aufgrund der Finanzstärke nicht auf der Empfängerseite steht.

Da die Aufgaben zukünftig durch den Landkreis wahrgenommen werden, ist davon auszugehen, dass die Kosten über die Kreisumlage anteilig auf die kreisangehörigen Gemeinden verteilt werden. In den Jahren 2022-2024 wurde die Stadt Mayen durchschnittlich mit 10,6 % am Gesamtaufkommen der Kreisumlage beteiligt.